

## WESTAFRIKA (BENIN, TOGO, BURKINA FASO, NIGER)

*Elke Erlecke*

### KLIMAWANDEL ZWISCHEN SAHARA UND ATLANTIK: DIE STAATEN DES REGIONALPROGRAMMS POLITISCHER DIALOG IN WESTAFRIKA

Klimawandel ist überall: In allen Staaten des Regionalprogramms wird er als drängendes Problem wahrgenommen, das alle Lebensbereiche berührt. Der Klimawandel hat viele Gesichter: Überschwemmungen, weggespülte Partien der Küstenländer, (Haupt-)städte, die verloren zu gehen drohen, Dürre und Hungersnöte, zunehmende Desertifikation. Er ist Gegenstand staatlichen und nichtstaatlichen Handelns. Durch seine Multidimensionalität hat er sich in das Bewusstsein aller Bevölkerungsschichten eingebrannt, seien sie nun direkt oder indirekt durch ihn betroffen. In Gebieten, die wie die Staaten des Sahel (Burkina Faso/Niger) besonders auf Niederschläge angewiesen sind, reagiert die Bevölkerung besonders sensibel auf die immer größer werdende Unkalkulierbarkeit des Klimas.

Die Krise im Sahel hat zudem dazu geführt, dass der ständig schwelende Konflikt zwischen nomadisierenden und sesshaften Bevölkerungsteilen und damit die Auseinandersetzung um die Bewirtschaftung ertragreicher Gebiete in das Interesse der Öffentlichkeit gerückt sind. Eine immer schnellere Ausbreitung der Wüste potenziert diesen Konflikt. Diese Ausflüsse des Klimawandels in Verbindung mit den aktuellen sicherheitspolitischen und terroristischen Herausforderungen machen die Sahelzone zu einem extrem verwundbaren Gebiet.

Zwischenzeitlich hat sich in der Region die Erkenntnis durchgesetzt, dass dem Phänomen mit isolierten nationalen Aktionen nicht beizukommen ist. Gesetzgebungen der Länder wurden von internationalen Regelungen inspiriert, die internationalen Klimakonferenzen hatten auf nationaler Ebene Aktionspläne, den besonderen Bedingungen der Länder angepasste Kommunikationsstrategien sowie die Entwicklung von Evaluationsmechanismen zur Bewertung des fortschreitenden Klimawandels zur Folge. Insbesondere die VN-Klimakonferenz von Rio 1992 löste einen Schub im Bewusstseinswandel der Region aus, dergestalt, dass Umweltfragen plötzlich als ein bedeutender Faktor für die Entwicklung eines Landes galten. Zu den unmittelbaren Auswirkungen zählten: die Verbindung zwischen einer guten Regierungsführung und einer aktiven Zivilgesellschaft; die Integration von Klimafragen in alle Ebenen staatlicher Planungsprozesse sowie staatliche Strategien, wie z. B. zur Armutsbekämpfung; die Zuordnung der Klimapolitik zu einem Ministerium mit einem Schlüsselressort (Finanzen oder Planung), um einen nachhaltigen Verbleib der Thematik auf der Agenda zu sichern.

Togo zählte frühzeitig zu den Unterzeichnern des Kyoto-Protokolls von 1997. Vorher hatte das Land bereits 1995 das Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über den Klimawandel unterschrieben und sich dazu verpflichtet, zur Stabilisierung der Abgase beizutragen, um das natürliche Gleichgewicht wiederherzustellen. Kyoto hatte eine noch deutlich höhere Mobilisierung nationaler politischer Kapazitäten in den Programmländern zur Folge. Daneben wurden ab diesem Zeitpunkt noch mehr Umwelt- und Entwicklungsfragen als miteinander verbunden ange-

### KLIMAPROGNOSEN IN TOGO

Das Beispiel Togo illustriert, wie der Klimawandel vitale Lebensinteressen in allen Teilen des Landes berührt: Im Küstenbereich: Von Kossi/Agbavi bis Aneho droht die dortige Halbinsel aufgrund des ständigen Anstieges des Meeresspiegels zu verschwinden. Überschwemmungen und Versalzung der Brunnen drohen sowohl im Süden als

auch im Osten in der Region der Plateaus. Der Norden bekommt den Klimawandel durch eine Verschiebung der Jahreszeiten zu spüren: Nicht mehr kalkulierbare Regenzeiten führen zu einer vermehrten Wanderungsbewegung der Bauern in Richtung Süden.



*In Togo wird auf einer Brachfläche im Verwaltungsbezirk Agou eine 1.000 Hektar große Naturschutzzone aufgeforstet. Bis zum Ende der Regenzeit werden Setzlinge der heimischen Baumarten Neem, Kapok und Iroko in der Baumschule herangezogen.*

sehen. Auf den in Togo 2011 erstellten „Nationalen Investitionsplan für die Umwelt und die natürlichen Ressourcen“ folgte 2014 der zusammen mit der GIZ erstellte „Nationale Adaptationsplan an den Klimawandel“.

Togo optiert weiterhin für die Nutzung der Kernkraft. 2012 schloss die togolische Regierung ein Abkommen mit der Internationalen Atomenergiebehörde über die Nichtverbreitung von Atomwaffen.

Der Niger zählt in der Sahel-Region zu den Vorreitern einer fortschrittlichen Klimapolitik. Das Land hat sich frühzeitig für eine verantwortungsbewusste Klimapolitik entschieden und diese zu einer prioritären Aufgabe staatlichen Handelns erklärt. Der beim Premierminister angesiedelte Conseil National de l'Environnement pour un Développement Durable spiegelt dies wider. Zu seinen Aufgaben zählte die Entwicklung eines nationalen Entwicklungsplanes für die nachhaltige Entwicklung.

Aufgrund der intensiven Einbindung des Niger in den Handel mit Uran besteht ein erhöhtes öffentliches und staatliches Interesse an der Energiewende bzw. an den Folgen, die die Stilllegung von Reaktoren für den internationalen Handel mit Uran hat. Aufgrund der engen Einbindung des Niger in zentrale Entwicklungsprojekte der UN misst das Land den Vereinten Nationen eine zentrale Rolle und die Funktion eines Impulsgebers in der internationalen Klimadiskussion bei.

Burkina Faso reagierte frühzeitig auf die ersten Anzeichen massiven Klimawandels. Der Sahelstaat unterzeichnete schnell die aus Rio resultierenden verschiedenen Rahmenabkommen (gegen Desertifikation, über Biodiversität etc.). Neben der Integration in die internationale Klimapolitik führten praktische Erfahrungen vor Ort zu einem eigenen Weg zur Sicherung des Energiebedarfs: Nach negativen Erfahrungen mit rigoros durchgeführten Wiederbegrünnungskonzepten blieb die Erkenntnis, dass Energiesicherheit für die Bevölkerung *und* die Minderung des Klimawandels nur um den Preis einer baldigen Abkehr von traditionellen Energieformen (Holzkohle) zu haben seien. Die nationale Energiepolitik wurde seitdem als Querschnittsaufgabe angesehen, die sich seit längerem auf die Verwendung erneuerbarer Energien (Solarenergie und Biocarburant) konzentriert und auch in die nationale Entwicklungsstrategie „Burkina 2025“ Eingang gefunden hat.

Die deutsche Energiewende hat – ähnlich allen anderen Programmstaaten – bislang keinen Widerhall in der öffentlichen Diskussion Burkinas gefunden. Fukushima hat für den durchschnittlichen Burkinabe keine Relevanz – abgesehen von der Tatsache, dass er keinen Zusammenhang zwischen seinem Verhalten und dem Klimawandel herstellt. Auch die politische Klasse hat nicht auf die deutsche Energiewende reagiert.

Das Beispiel Benin erhellt die gelungene Umsetzung globaler Ziele, die in den Rahmenabkommen sind, über die nationale Strategie hin zu kommunalen Schwerpunkten. Fällt die nationale Ebene z. B. aus, greift der sektorielle Angang zur Lösung der Klimaprobleme ins Leere. Von der Entwicklung des jeweiligen nationalen Niveaus ist auch die Behandlung der Klimafrage auf internationaler Ebene abhängig: Dies wirkt sich entscheidend auf die Frage der Hochwasserbekämpfung bei grenzüberschreitenden Flüssen aus. Seit 2005 orientiert sich die beninische Politik an einer nationalen Strategie für nachhaltige Entwicklung. Kritiker aus Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft monieren allerdings die fehlende Einbeziehung der Beniner selbst: Eine nationale Strategie, hinter der noch nicht einmal die Parlamentarier stünden, verdiene diesen Namen nicht. Daran könne auch deren formale Integration in die Entwicklungsstrategie des Landes „Benin – Alafia 2025“ nichts ändern.